

Falsch rechnen und auf Zeit und Hoffnung setzen? Nicht mit der FBP!

Standpunkt FBP-Präsident Elfried Hasler entlarvt die jüngsten VU-Forderungen zur AHV-Reform als Wahlgeschenk, das auf falschen Zahlen, unseriösen Annahmen und nicht korrekten Rechnungen basiert.

Im «Vaterland» vom 26. Februar 2015 nimmt VU-Parteipräsident Jakob Büchel zur laufenden AHV-Revision Stellung. Die Mitglieder einer VU-internen Arbeitsgruppe sprechen sich, gemäss Büchel, für einen gegenüber dem Regierungsvorschlag um 10 Millionen Franken jährlich erhöhten Staatsbeitrag an die AHV aus. Im Gegenzug soll die 13. AHV-Rente unverändert beibehalten werden. Zudem erachtet es die Arbeitsgruppe als unabdingbar, die AHV-Revision und die Pensionskassen-Revision gemeinsam als Paket zu behandeln.

Mit welcher Veranlassung gerade jetzt einzelne Teilresultate einer VU-internen Arbeitsgruppe, die gemäss Büchel aber noch mitten in der Arbeit ist, bereits als Haltung der Partei kommuniziert werden, ist unklar. Ein Schelm, der Böses dabei denkt und diese seltsame Aktion etwa in Verbindung mit der in diesen Tagen beginnenden Briefwahl für die Gemeindevahlen bringt.

Zwiefelhofers Reform in Verzug

Eine Behandlung der beiden Gesetzesvorlagen im Paket macht durchaus Sinn und ist absolut unbestritten. Ob die geforderte gemeinsame Behandlung der beiden Vorlagen als Paket denn auch möglich sein wird, liegt aber in der Hand des für die Pensionskassen-Revision zuständigen VU-Ministers Zwiefelhofer. Wenn er mit dem Tempo, das der FBP-Minister Pedrazzini mit der AHV-Revision vorgelegt hat, mithalten kann, dann kann das gelingen. Die Zeit drängt, denn die beiden Vorlagen sollen möglichst bald in Kraft treten. Bis heute liegt aber zur Pensionskassenrevision noch nicht einmal ein Vernehmlassungsbericht vor.

Die Haltung, die 13. AHV-Rente nicht zu streichen und im Gegenzug den Staatsbeitrag massiv zu erhöhen, ist zumindest insofern ein konstruktiver Vorschlag, dass dem Verzicht einer Massnahme (Tilgung der 13. Rente durch die Teuerung) eine andere Massnahme (höherer Staatsbeitrag) gegenübergestellt wird.

Dieser gut gemeinte aber leider wenig durchdachte Vorschlag hat eine ganze Reihe von Haken.



FBP-Präsident Elfried Hasler: «Die VU-Arbeitsgruppe will mit ihrem Vorschlag also rund 10 Millionen Franken unserer Steuergelder jedes Jahr mehr ins Ausland schicken als der Regierungsvorschlag.»
(Foto: Michael Zanghellini)

Erstens schlägt die Regierung nicht eine Streichung, sondern eine graduelle Tilgung der 13. AHV-Rente über die Teuerung vor. Konkret heisst das, dass die Jahresrente in ihrer Höhe einfach eine zeitlang eingefroren wird. Ein doch wesentlicher Unterschied, der dazu führt, dass gerade die ältere Rentnergeneration von dieser vorgeschlagenen Massnahme kaum mehr betroffen ist. Die Hauptbetroffenen dieser Massnahme sind eindeutig die heute Erwerbstätigen - und nicht wie unterstellt die heutigen Rentner.

Zweitens wurde, wie leider schon bei der staatlichen Pensionskasse, auch hier falsch gerechnet. Die Beibehaltung der 13. AHV-Rente erfordert nicht, wie von Büchel vorgezeichnet, einen um 10 Millionen, sondern um das Dreifache - nämlich um mindestens 30 Millionen pro Jahr - erhöhten Staatsbeitrag. Erst ein Staatsbeitrag von insgesamt mindestens 50 Millionen jedes Jahr kann die geforderte unveränderte Beibehaltung der 13. Rente kompensieren. Ein grober Rechenfehler mit gravierenden Auswirkungen.

VU: 10 Millionen mehr ins Ausland

Drittens bleibt die zentrale Frage unbeantwortet, woher diese zusätzlichen 30 Millionen aus dem defizitären Staatshaushalt kommen sollen. Hier auf die alles andere als sichere Erhöhung der Mehrwertsteuer zu

hoffen, ist zu einfach. Wer die bisherigen AHV-Revisionen in der Schweiz mitverfolgt hat, weiss, dass diese Mehrwertsteuererhöhung noch weit in den Sternen steht. Ob diese jemals kommt und wenn überhaupt wann, weiss niemand. Den erfahrungsgemäss sehr zähen Prozess in der Schweiz abzuwarten und auf Zeit und Hoffnung zu setzen, ist unseriös. Das sollten wir aus dem Pensionskassendebakel gelernt haben. Wer den oh-

nehin schon defizitären Staatshaushalt noch mehr belasten will, muss glaubhaft darlegen, woher das Geld genommen werden soll.

Viertens fliesst bereits heute schon ein Drittel der AHV-Renten an Rentner im Ausland. Damit fliesst auch ein Drittel des Staatsbeitrages ins Ausland, Tendenz steigend. Die VU-Arbeitsgruppe will mit ihrem Vorschlag also rund 10 Millionen Franken unserer Steuergelder jedes Jahr mehr ins Ausland schicken als der Regierungsvorschlag. Ein wesentlicher Teil davon geht in die Schweiz. Dies wohl kaum als Dank für die Ablehnung der Quellensteuer für Grenzgänger aus der Schweiz.

Fünftens ist die langfristige Sicherung der AHV eine gemeinsame Herausforderung aller Generationen. Die Lösung muss gemeinsam getragen werden und nicht einzelne Gruppen einseitig belasten. Mit dem Vorschlag der VU-Arbeitsgruppe würden die Rentner überhaupt kei-

nen Beitrag an die langfristige Sicherung der AHV leisten.

Hier stellt sich die Frage, ob dies von den Erwerbstätigen, welche ganz klar die Hauptlast der Revision tragen, indem sie länger arbeiten und höhere Beiträge bezahlen müssen, akzeptiert würde. Die Revision kann nur gelingen, wenn sich alle solidarisch zeigen und einen angemessenen Beitrag leisten. Ein temporärer Verzicht auf die Teuerungserhöhung der Renten, wie von der Regierung vorgeschlagen, ist ein tragbarer und angemessener Beitrag der Rentnergeneration. Gerade aus den Gesprächen mit vielen Rentnern spüre ich Verständnis für diese moderate Massnahme. Allerdings wird von vielen Rentnern gewünscht, dass weiterhin 13 Renten ausbezahlt werden. Die FBP wird dieses Anliegen für ihre Stellungnahme zur Vernehmlassung genau prüfen.

PVS muss uns eine Lehre sein

Das Debakel um die staatliche Pensionskasse muss uns eine Lehre sein! Politisches Taktieren, auf Zeit und Hoffnung spielen, Wahlgeschenke verteilen und Fehlkalkulationen führen auch die AHV in grosse Probleme. So weit darf es nicht kommen. Die AHV, unser wichtigstes Sozialwerk, muss auf eine langfristig tragfähige Basis gestellt werden. Es ist Zeit, verantwortungsvoll zu handeln, auch wenn die Massnahmen von uns allen gewisse Opfer verlangen.

Elfried Hasler
Parteipräsident der FBP